

1. **Auftraggeber:** Name: Referat ZT 6 Vergaben  
 Straße: Platz der Republik 1  
 Ort: Berlin  
 PLZ: 11011  
 Telefon: +49 30-227-33234  
 E-Mail: vergabereferat@bundestag.de  
 Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2013-141-18-IT3  
 (bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung  
 b) **Vertragsart:** Lieferauftrag
3. a) **Art und Umfang der Leistung:** Lieferung von 80 Sprechstellenmikrofonen  
 Gegenstand des Auftrages ist die Lieferung von 80 Sprechstellenmikrofonen:  
 - 50 Sprechstellenmikrofone (Stemin ME 250/300, 2N014, DSØ150N-E, 2908-038-000-51, Länge: 300 mm)  
 - 20 Sprechstellenmikrofone (Stemin ME 250/500, 33N001, DSAZMØ1, 2908-049-000-51, Länge: 500 mm)  
 - 10 Sprechstellenmikrofone (Stemin ME 352/300, 3SN001, DSSFØ2D, 2904-007-000-51, Länge: 330 mm)
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein  
 (Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) **Lieferort:** Referat IT 3, Kommunikationstechnik  
 Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1  
 10117 Berlin
- e) **Lieferfrist:** Beginn: ..  
 Ende: ..  
 Bemerkung zur Lieferfrist: 6 Wochen nach Auftragserteilung
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber  
 b) **Frist:** 14.06.2013 00:00:00  
 c) **Schutzgebühr:** Nein  
 Empfänger  
 Kontonummer  
 BLZ  
 Geldinstitut  
 Verwendungszweck
5. a) **Angebotsfrist:** 14.06.2013 12:00:00 Uhr  
 b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber

- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)
6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine Angaben
7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**  
Leistungsbeschreibung und Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) in der bei Angebotsabgabe gültigen Fassung
8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
9. **Mindestbedingungen** (Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):
- a) k.A.
- b)
- c)

Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1 des Angebotsvordrucks).
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er die angebotenen Leistungen betrifft. Es wird jeweils ein Jahresumsatz in Höhe von 25.000 Euro erwartet. (Punkt 3.5 des Angebotsvordrucks).
- Eigenerklärung über die Mitgliedschaft in einer berufsständischen oder fachlichen Vereinigung oder über Maßnahmen, die auf eine vergleichbare Qualitätsorientierung schließen lassen.
- Eigenerklärung über die Dauer der Tätigkeit im auftragsrelevanten Bereich (Dienstleistungen im Bereich Konferenztechnik); diese muss mindestens bei drei Jahren liegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks).
- Aussagekräftige, deutschsprachige Datenblätter des Herstellers zur technischen und funktionalen Beschreibung der Sprechstellenmikrofone.

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden:

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:

Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

- 10. Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 31.07.2013
- Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.
- 11. Zuschlagskriterien:** Preis
- 12. Nebenangebote/  
Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen
- 13. Sonstige Angaben:** Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 07.06.2013 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.